Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Gürtel enger?

Um über ein Drittel nach unten korrigiert haben die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Wachstumsprognose für 2021, von 3,7 auf 2,4 %. Die Ökonomen fordern zu mehr Realitätssinn auf hinsichtlich der Umsetzbarkeit politischer Wünsche. Politik und Gesellschaft hätten noch nicht verstanden, dass man den Gürtel enger schnallen müsse. An weniger Konsum führe in der Zukunft kein Weg vorbei. Die Wirtschaftsweisen erwarten für das nächste Jahr ein BIP-Wachstum um 4,8 %. Im ersten Quartal 2022 werde die Wirtschaft wieder ihr Vorkrisenniveau erreichen. Das gelte auch für die Zahl der Beschäftigten, die knapp 45,4 Mio. erreichen soll. Zurückzuführen ist die deutliche Abflachung des für 2021 erwarteten Aufschwungs vor allem auf Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten. Der Außenhandel wird zusätzlich belastet durch deutlich steigende Frachtraten. Der BDI warnt: „Probleme in globalen Lieferketten, hohe Logistikkosten und ungeklärte Handelsstreitigkeiten verdunkeln den Konjunkturhimmel und haben in der Folge massive Auswirkungen auf die Exporte." Angesichts der zunehmend schwierigen Rahmenbedingungen erscheint die Wachstumsprognose von 4,8 % für 2022 als vom Prinzip Hoffnung getragen.

Im Rückwärtsgang

Die FAZ sieht die deutsche Industrie in einer „Flaschenhals-Rezession". Produktion und Auftragseingang sind im August stark eingebrochen. Der Ausstoß der Industrie war gegenüber dem Vormonat um 4,7 % rückläufig. Vor allem der Lieferengpass bei Mikrochips verhindert, dass die Unternehmen von der erholten Weltkonjunktur profitieren. So mussten die Automobilzulieferer ihre Produktion im August im Vergleich zum Vormonat um 17,5 % zurückfahren. Die Branche rechnet damit, 2021 ein Fünftel weniger Autos herzustellen als im Krisenjahr 2020, was dem fünftgrößten Einbruch in der Nachkriegsgeschichte gleichkäme. Die partielle Lahmlegung dieser Schlüsselindustrie hat unvermeidlich gravierende Auswirkungen auf den Bereich der Zulieferunternehmen, deren Verband vor einer Insolvenzwelle warnt. Die Bereitschaft der Banken, den häufig schon jetzt von erheblichem Fremdkapital abhängigen Firmen mit zusätzlichen Krediten über die Runden zu helfen, hält sich offenbar in engen Grenzen.

„Tassen im Schrank"

„Es geht um mehr oder weniger Markt, mehr oder weniger Umverteilung, mehr Freiheit oder mehr Verbote." Auf diese Formel bringt der Chefredakteur der „Wirtschaftswoche" die Herausforderungen für die neue Koalitionsregierung. Anders ausgedrückt: Es geht um mehr oder weniger Marktwirtschaft. Abzuwarten bleibt, ob es der FDP gelingt, wirtschaftspolitische Leitplanken gegenüber staatswirtschaftlichen Neigungen und unterschwelligen Links-Tendenzen bei SPD und Grünen dauerhaft und wirksam zu etablieren. Nach Einschätzung der FAZ braucht die Bundesrepublik dringend eine marktwirtschaftliche Erneuerung. Deutschland benötige keine romantisierende Erörterung des Nutzens von Lastenfahrrädern, sondern eine Debatte über die Rahmenbedingungen zur Steigerung der wirtschaftlichen Innovationskraft. Der Wunsch nach der großen Geldverteilung fördere den Machbarkeitswahn, langfristige finanzielle Risiken würden ausgeblendet und als Visionen von Spinnern verlacht. Unverändert aktuell ist die Aufforderung des einstigen SPD-Wirtschaftsministers Prof. Karl Schiller an die damalige Juso-Generation, doch bitte die (wirtschaftlichen) Tassen im Schrank zu lassen.

Die gewollte Inflation

Im September sind die Verbraucherpreise – gegenüber dem Vorjahresmonat – um 4,1 % gestiegen, was dem höchsten Stand seit 28 Jahren entspricht. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte bewegten sich mit 12 % auf dem höchsten Level seit der Ölkrise in 1974. Preistreiber waren vor allem die Energiekosten (+24 %) und Vorleistungsgüter (+17,1 %). Erstaunlicherweise liegt die deutsche Inflationsrate (4,1 %) deutlich über der durchschnittlichen Geldentwertung in der Eurozone (3,4 %). Die Verbraucher haben einerseits deutlich mehr Geld für ihren Lebensunterhalt aufzubringen, andererseits werden sie als Sparer massiv enteignet. Einer Bank-Studie zufolge beliefen sich die Wertverluste in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres auf 47 Mrd. Euro, was 570 Euro pro Sparer ausmacht. Hinzu kommen die „Verwahrungsentgelte" genannten Strafzinsen. Mit Blick auf die zunehmende Verunsicherung der Bürger (und Wähler) setzt die EZB konsequent auf Beschönigung. Dazu zählt die wenig überzeugende These, die nur vorübergehende Inflation werde schon im nächsten Jahr wieder unter 2 % fallen. Prof. Günther Schnabl (Uni Leipzig) sieht darin den Versuch, die Menschen an höhere Inflationsraten zu gewöhnen. In dieses Raster passt auch die seit Jahren von der EZB vorgegebene Sprachregelung, dass es sich bei einer gewollten Inflationsrate „um 2 %" nur um eine Maßnahme zur Preisstabilität handele. Unverkennbar haben vor allem die Schuldenländer Interesse an einer deutlichen Geldentwertung im doppelten Sinne. Einerseits trägt sie zum Abbau der realen Staatsschulden bei. Andererseits sorgen Preiserhöhungen für mehr Steuereinnahmen. Daher dürfte sich auch das Engagement von SPD und Grünen für konsequente Preisstabilität in Grenzen halten. In diesem Sinne ist der Rücktritt von Bundesbank-Präsident Jens Weidmann – nach der Bundestagswahl – als fatales Alarmsignal zu interpretieren. Nach aller Voraussicht wird die neue Bundesregierung dafür sorgen, dass dem geldpolitischen „Falken" eine kompromissbereite „Taube" im Amt des Bundesbankpräsidenten folgen wird.